

Studienreihe öffentliche Verwaltung

Schütte/Braun/Keller

# **Eingriffsrecht Nordrhein-Westfalen**

Grundriss für die  
Aus- und Fortbildung

*150 Jahre* **Kohlhammer**  

---

**Deutscher Gemeindeverlag**



# Eingriffsrecht Nordrhein-Westfalen

Grundriss für die Aus- und Fortbildung

**Matthias Schütte**

Oberregierungsrat, Hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule für öffentliche  
Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen, Münster

**Dr. Frank Braun**

Regierungsdirektor, Hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule für öffentliche  
Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen, Münster

**Christoph Keller**

Polizeiberrat, Hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule für öffentliche  
Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen, Münster, ehem. Landesamt für  
Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten NRW (LAFP)

**Kohlhammer**  

---

**Deutscher Gemeindeverlag**

Hinweis:

Die Inhalte dieses Lehrbuchs orientieren sich an dem Studienverlaufsplan des Bachelorstudiengangs der Polizei NRW (PVD 2012);  
Stand: 17.6.2014

1. Auflage 2016

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-555-01617-7

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-555-01624-5

epub: ISBN 978-3-555-01831-7

mobi: ISBN 978-3-555-01841-6

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

# Vorwort zum Lehrbuch Eingriffsrecht

Das Land NRW stellt regelmäßig zahlreiche Nachwuchsbeamte für die Polizei ein. Diese durchlaufen eine anspruchsvolle Ausbildung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes NRW, die den Studierenden in begrenzter Zeit umfangreiche Rechtskenntnisse vermitteln soll. Das Studium fordert dabei – wie die polizeiliche Praxis – viel.

Die Autoren haben im Rahmen ihrer langjährigen Tätigkeit immer wieder festgestellt, dass die Studierenden den Wunsch nach einem Lehrbuch zum Eingriffsrecht hatten, welches das ganze Studium abdeckt und nicht nur das Polizeigesetz des Landes NRW oder die Strafprozessordnung.

Auch die Randthemen aus anderen polizeirelevanten Rechtsgebieten wie dem Versammlungsgesetz oder dem Waffengesetz bereiten den Studierenden im Studium häufig Probleme und müssen daher gleichermaßen klausur- und praxisorientiert vermittelt werden. Aus diesem Grund haben die Autoren unter enger Anbindung an die Lehrpläne der FHöV NRW dieses Buch geschrieben und hoffen damit einen Beitrag für ein effektives Studium zu leisten.

Die Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, die Vorlesungen im Eingriffsrecht im Grundstudium und im Hauptstudium aufzuarbeiten und sich gezielt auf Klausuren vorzubereiten. Die Rechtsanwender aus der Praxis sollen hingegen ihre geplanten oder bereits durchgeführten polizeilichen Maßnahmen an Hand des Buches reflektieren und ggf. an die jeweiligen Rechtsnormen anpassen können.

Der Schwerpunkt des Buches liegt in erster Linie in der verständlichen Wissensvermittlung und erst in zweiter Linie in der Tiefe des wissenschaftlichen Anspruchs.

Münster im Oktober 2015 Matthias Schütte, Frank Braun, Christoph Keller



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Verzeichnis der abgekürzten Literatur . . . . .	XXIII
<b>Teil 1: Grundstudium: Eingriffsrecht/Staatsrecht . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>A. Rahmen und Handlungsform polizeilicher Aufgabenwahrnehmung . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>I. Einführung in das Eingriffsrecht . . . . .</b>	<b>1</b>
1. Historie . . . . .	1
a) Der Ursprung des Polizeibegriffes . . . . .	1
b) Die Entwicklung des Polizeibegriffes in Deutschland . . . . .	1
c) Forderungen der Aufklärung nach einer Begrenzung der polizeilichen Aufgaben . . . . .	2
d) Geändertes Polizeiverständnis in Preußen . . . . .	2
e) Polizeirecht in der Weimarer Republik . . . . .	3
f) Die Entwicklung der Polizei im Nationalsozialismus . . . . .	3
g) Die Entwicklung der Polizei in Westdeutschland in der Nachkriegszeit . . . . .	4
h) Die Entwicklung der Polizei in Ostdeutschland (DDR) . . . . .	5
2. Organisation der Polizei in NRW . . . . .	6
<b>II. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung . . . . .</b>	<b>6</b>
1. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	6
2. Der Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	7
<b>III. Rechtseingriff: Einschränkung von Grundrechten . . . . .</b>	<b>8</b>
<b>IV. Präventive und repressive Tätigkeit . . . . .</b>	<b>9</b>
1. Gefahrenabwehr . . . . .	9
a) Gefahrenbegriffe . . . . .	9
b) Öffentliche Sicherheit . . . . .	14
c) Öffentliche Ordnung . . . . .	15
d) Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten . . . . .	16
2. Vorsorge für die Verfolgung künftiger Straftaten . . . . .	16
3. Strafverfolgung . . . . .	17
4. Doppelfunktionale Handlungen . . . . .	18
5. Aufgabenkollision . . . . .	20
6. Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten . . . . .	20
<b>V. Zuständigkeiten . . . . .</b>	<b>21</b>
1. Sachliche Zuständigkeit . . . . .	21

# Inhaltsverzeichnis

a)	Sachliche Zuständigkeit der Polizei bei der Gefahrenabwehr (allgemein) . . . . .	22
2.	Örtliche Zuständigkeit der Polizei bei der Gefahrenabwehr . . . . .	24
3.	Sachliche Zuständigkeit der Polizei bei der Strafverfolgung . . . . .	25
a)	Sachliche Zuständigkeit der Polizei bei der Strafverfolgung (instanziell) . . . . .	26
b)	Sachliche und sachlich-instanzielle Zuständigkeit der Polizei bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten . . . . .	26
4.	Örtliche Zuständigkeit der Polizei bei der Verfolgung von Straftaten. . . . .	26
5.	Örtliche Zuständigkeit der Polizei bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten . . . . .	26
VI.	Handlungsinstrumente der Polizei . . . . .	27
1.	Verwaltungsakt . . . . .	27
2.	Realakt . . . . .	28
3.	Justizverwaltungsakt . . . . .	29
VII.	Ermessen und Verhältnismäßigkeit. . . . .	30
1.	Das Ermessen . . . . .	30
a)	Ermessensfehler. . . . .	31
b)	Eine Ermessensreduzierung auf null kommt in der Praxis hauptsächlich beim Entschließungsermessen und nur sehr selten beim Auswahlermessen in Betracht. . . . .	32
2.	Die Verhältnismäßigkeit . . . . .	32
a)	Geeignetheit (erste Ebene). . . . .	33
b)	Erforderlichkeit (zweite Ebene) . . . . .	33
c)	Angemessenheit bzw. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne (dritte Ebene) . . . . .	33
VIII.	Adressatenregelungen . . . . .	34
1.	Gefahrenabwehr . . . . .	34
a)	Der Verhaltensstörer . . . . .	34
b)	Der Zustandsstörer . . . . .	35
c)	Der Nichtstörer. . . . .	36
d)	Der Zweckveranlasser . . . . .	37
e)	Störerauswahl bei gleichzeitiger Verantwortlichkeit mehrerer Störer. . . . .	38
2.	Adressatenauswahl bei der Strafverfolgung . . . . .	39
IX.	Allgemeine Verfahrensvorschriften. . . . .	39
1.	Allgemeine Verfahrensvorschriften im Rahmen der Gefahrenabwehr . . . . .	39
a)	Anhörung vor Erlass eines Verwaltungsakts gemäß § 28 Abs. 1 VwVfG NRW . . . . .	39

b)	Bestimmtheit und Form des Verwaltungsaktes gemäß § 37 VwVfG NRW . . . . .	41
c)	Begründung des Verwaltungsakts gemäß § 39 Abs. 1 VwVfG NRW . . . . .	41
d)	Bekanntgabe des Verwaltungsakts gemäß § 41 VwVfG NRW . . . . .	42
2.	Allgemeine Regelungen der Datenerhebung . . . . .	43
3.	Allgemeine Verfahrensvorschriften im Rahmen der Strafverfolgung . . . . .	43
<b>B.</b>	<b>Befugnisse des Eingriffsrechts . . . . .</b>	<b>44</b>
I.	Polizeirechtliche Generalklausel . . . . .	44
1.	Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	45
2.	Rechtsfolge . . . . .	45
3.	Tatbestand . . . . .	46
4.	Adressat . . . . .	47
5.	Besondere Verfahrensvorschriften . . . . .	47
II.	Strafprozessuale Generalklausel . . . . .	47
1.	Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	47
2.	Rechtsfolge . . . . .	48
3.	Tatbestand . . . . .	48
4.	Adressat . . . . .	49
5.	Besondere Verfahrensvorschriften . . . . .	49
III.	Datenerhebung . . . . .	49
1.	Gefahrenabwehr . . . . .	50
a)	Befragung . . . . .	50
b)	Identitätsfeststellung . . . . .	56
c)	Verkehrskontrollen . . . . .	65
d)	Prüfung von Berechtigungsscheinen . . . . .	66
e)	Kurzfristige Observation . . . . .	68
2.	Strafverfolgung . . . . .	70
a)	Vernehmung . . . . .	70
b)	Identitätsfeststellung . . . . .	78
c)	Identitätsfeststellung im Ordnungswidrigkeitenrecht . . . . .	83
d)	Kurzfristige Observation . . . . .	83
IV.	Platzverweis . . . . .	84
1.	Gefahrenabwehr . . . . .	84
a)	Platzverweis . . . . .	84
b)	Aufenthaltsverbot . . . . .	87
2.	Strafverfolgung . . . . .	91
V.	Gewahrsam und Festnahme . . . . .	92
1.	Ingewahrsamnahme zur Gefahrenabwehr . . . . .	92
a)	Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	92

# Inhaltsverzeichnis

b)	Rechtsfolge . . . . .	93
c)	Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	93
d)	Adressat . . . . .	99
e)	Verfahrensvorschriften . . . . .	99
2.	Festnahme zur Strafverfolgung . . . . .	101
a)	Vorläufige Festnahme durch Jedermann . . . . .	101
b)	Vorläufige Festnahme durch die Staatsanwaltschaft und Polizeivollzugsbeamte . . . . .	104
c)	Vorläufige Festnahme zur Sicherung der Hauptver- handlung . . . . .	110
3.	Festnahme von Störern einer Amtshandlung . . . . .	112
a)	Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	112
b)	Rechtsfolge . . . . .	113
c)	Tatbestand . . . . .	113
d)	Adressat . . . . .	113
e)	Anordnungsbefugnis . . . . .	113
4.	Haftbefehl . . . . .	113
VI.	Durchsuchung . . . . .	114
1.	Durchsuchungen im Rahmen der Gefahrenabwehr . . . . .	114
a)	Durchsuchung von Personen . . . . .	114
b)	Durchsuchung von Sachen . . . . .	119
c)	Betreten und Durchsuchen von Wohnungen . . . . .	121
2.	Durchsuchung von Verdächtigen zur Strafverfolgung . . . . .	128
3.	Durchsuchung von sonstigen Personen (Unverdächti- gen) zur Strafverfolgung . . . . .	137
a)	Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	137
b)	Rechtsfolge . . . . .	137
c)	Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	138
d)	Adressat . . . . .	139
e)	Verfahrensvorschriften . . . . .	139
VII.	Sicherstellung und Beschlagnahme . . . . .	140
1.	Gefahrenabwehr: Sicherstellung . . . . .	140
a)	Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	140
b)	Rechtsfolge . . . . .	141
c)	Tatbestand . . . . .	142
d)	Adressaten . . . . .	147
e)	Besondere Verfahrensvorschriften . . . . .	147
2.	Strafverfolgung: Sicherstellung und Beschlagnahme . . . . .	152
a)	Beweismittel . . . . .	152
b)	Verfalls- und Einziehungsgegenstände . . . . .	161
3.	Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen . . . . .	171
a)	Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	171
b)	Rechtsfolge . . . . .	172

c)	Tatbestand . . . . .	172
d)	Adressat. . . . .	177
e)	Besondere Verfahrensvorschriften. . . . .	177
f)	Verfahren bei ausländischen Führerscheinen . . . . .	177
g)	Eingriffsmaßnahmen zwecks Auffindung des Führerscheins. . . . .	178
4.	Beschlagnahme im Bußgeldverfahren . . . . .	179
<b>C.</b>	<b>Ordnungsstörungen . . . . .</b>	<b>179</b>
I.	Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizei . . . . .	179
1.	Bußgeldverfahren. . . . .	179
2.	Opportunitätsprinzip . . . . .	180
3.	Sachliche Zuständigkeiten und Befugnisse der Polizei . . . . .	180
a)	Polizei als Verwaltungsbehörde . . . . .	181
b)	Polizei als Verfolgungsbehörde. . . . .	181
c)	Polizei als nicht zuständige Verfolgungsbehörde . . . . .	181
d)	Polizei als Ermittlungsorgan der zuständigen Verwaltungsbehörde. . . . .	182
4.	Befugnisse der Polizei. . . . .	182
II.	Tatbestände nach dem OWiG . . . . .	182
1.	§ 111 OWiG: Falsche Namensangabe . . . . .	182
2.	§ 113 OWiG: Unerlaubte Ansammlung. . . . .	183
3.	§ 117 OWiG: Unzulässiger Lärm . . . . .	184
a)	Ohne berechtigten Anlass . . . . .	185
b)	In einem unzulässigen oder vermeidbaren Ausmaß . . . . .	185
c)	Lärmerregung. . . . .	185
4.	§ 118 OWiG: Belästigung der Allgemeinheit . . . . .	185
a)	Allgemeinheit . . . . .	186
b)	Grob ungehörige Handlung . . . . .	186
5.	§ 119 OWiG: Grob anstößige und belästigende Handlungen . . . . .	188
6.	§ 120 OWiG: Verbotene Ausübung der Prostitution; Werbung für Prostitution . . . . .	189
7.	§ 121 OWiG: Halten gefährlicher Tiere. . . . .	189
8.	§ 122 OWiG: Vollrausch . . . . .	190
III.	Tatbestände nach dem LImSchG . . . . .	190
1.	§ 7 LImSchG NRW: Verbrennen im Freien . . . . .	190
2.	Schutz der Nachtruhe (§ 9 LImSchG NRW). . . . .	191
3.	Benutzung von Tongeräten (§ 10 LImSchG NRW) . . . . .	192
4.	§ 11 LImSchG NRW: Abbrennen von Feuerwerken oder Feuerwerkskörpern . . . . .	193
5.	§ 11a LImSchG NRW: Laufenlassen von Motoren . . . . .	193
6.	§ 12 LImSchG NRW: Halten von Tieren . . . . .	193
7.	Ordnungswidrigkeiten (§ 17 LImSchG NRW) . . . . .	194

## Inhaltsverzeichnis

8. Straftaten (§ 18 LImSchG NRW) . . . . .	194
IV. Sonstiges . . . . .	194
1. Geräte- und MaschinenlärmschutzVO . . . . .	194
2. Feiertagsgesetz (§§ 1–5, 11). . . . .	195
3. Satzungen . . . . .	195
<b>Teil 2: Hauptstudium 1</b> . . . . .	<b>197</b>
<b>A. Zwang</b> . . . . .	<b>197</b>
I. Grundlagen . . . . .	197
1. Allgemeines . . . . .	197
2. Die Zwangsmittel . . . . .	198
a) Ersatzvornahme (§§ 51 Abs. 1 Nr. 1, 52 PolG). . . . .	198
b) Zwangsgeld (§§ 51 Abs. 1 Nr. 2, 53 f. PolG) . . . . .	199
c) Unmittelbarer Zwang (§§ 51 Abs. 1 Nr. 3, 55, 57 ff. PolG). . . . .	200
3. Gestrecktes Verfahren und Sofortvollzug . . . . .	201
a) Der gesetzliche Regelfall: Das gestreckte Verfahren (§ 50 Abs. 1 PolG). . . . .	201
b) Die Ausnahme: Der sofortige Vollzug (§ 50 Abs. 2 PolG). . . . .	203
c) Abgrenzungsfragen . . . . .	204
4. Grundrechtseingriffe durch Zwangsmaßnahmen . . . . .	204
5. Zuständigkeit und Verfahren . . . . .	205
a) Zuständigkeit . . . . .	205
b) Verfahren . . . . .	206
6. Ermessen und Verhältnismäßigkeit . . . . .	207
7. Keine Anwendbarkeit der Notwehr- und Notstandsregelungen des Straf- und Zivilrechts beim unmittelbaren Zwang . . . . .	209
8. Das Prüfungsschema: Präventiver Zwang . . . . .	209
a) Rechtmäßigkeit einer gefahrenabwehrenden Zwangsmaßnahme im gestreckten Verfahren . . . . .	209
b) Rechtmäßigkeit einer gefahrenabwehrenden Zwangsmaßnahme im Sofortvollzug . . . . .	210
II. Zwangsweise Durchsetzung gefahrenabwehrender Maßnahmen . . . . .	211
1. Zulässigkeit des Zwangs im gestreckten Verfahren . . . . .	211
a) Vorliegen eines befehlenden, vollziehbaren Verwaltungsaktes (Grundverfügung) . . . . .	211
b) Nichterfüllung der durch die Grundverfügung auferlegten Pflicht . . . . .	214
c) Rechtmäßigkeit der Grundverfügung als Vollstreckungsvoraussetzung (Konnexitätsgrundsatz)? . . . . .	215
2. Zulässigkeit des Zwangs im Sofortvollzug . . . . .	216

## Inhaltsverzeichnis

a)	Fehlen einer Grundverfügung . . . . .	216
b)	Notwendigkeit des Sofortvollzuges . . . . .	216
c)	Handeln der Polizei innerhalb ihrer Befugnisse . . . . .	217
3.	Zulässigkeit des eingesetzten Zwangsmittels . . . . .	218
a)	Feststellung, welches Zwangsmittel angewendet wurde . . . . .	218
b)	Bei Unmittelbarem Zwang: § 55 PolG . . . . .	220
4.	Art und Weise der Zwangsanwendung . . . . .	220
a)	Androhung . . . . .	220
b)	Bei Zwangsgeld: Festsetzung, § 53 Abs. 1 und 2 PolG . . . . .	221
c)	Bei Anlass: Besondere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen . . . . .	221
III.	Zwangsweise Durchsetzung strafprozessualer Maßnahmen . . . . .	224
1.	Allgemeines . . . . .	224
a)	Zulässigkeit des Zwangs . . . . .	224
b)	Zulässigkeit des eingesetzten Zwangsmittels . . . . .	225
c)	Art und Weise der Zwangsanwendung . . . . .	225
2.	Prüfungsschema – Repressiver Zwang . . . . .	225
a)	Rechtmäßigkeit einer strafprozessualen Zwangsmaßnahme im gestreckten Verfahren . . . . .	225
b)	Rechtmäßigkeit einer strafprozessualen Zwangsmaßnahme im Sofortvollzug . . . . .	225
IV.	Der polizeiliche Schusswaffeneinsatz . . . . .	226
1.	Allgemeines . . . . .	226
a)	Betroffene Grundrechte . . . . .	226
b)	Besonderheiten des Schusswaffengebrauchs im Überblick . . . . .	227
2.	Die Prüfung in der Klausur . . . . .	228
a)	Das Prüfungsschema zum Schusswaffengebrauch im Überblick . . . . .	228
b)	Die Androhung des Schusswaffengebrauchs . . . . .	229
c)	Besondere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Schusswaffengebrauchs gegen Personen . . . . .	232
d)	Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Schusswaffengebrauchs . . . . .	238
e)	Besonderheiten bei der Prüfung des „Finalen Rettungsschusses“ (bzw. „gezielter Todesschuss“) . . . . .	240
V.	Sonderfall: Das Abschleppen von Kraftfahrzeugen . . . . .	240
1.	Das Fahrzeug als gefährdetes oder gefährliches Objekt . . . . .	240
2.	Die Gefahr durch die „Lage des Fahrzeugs im Raum“ . . . . .	241
a)	Verkehrswidriges Abstellen von Fahrzeugen ohne das Vorhandensein von Verkehrszeichen . . . . .	241
b)	Bloßes Versetzen von Kfz . . . . .	242

## Inhaltsverzeichnis

	c) Abstellen eines KFZ unter Verstoß gegen Verkehrszeichen oder Verkehrseinrichtungen . . . . .	242
	d) Sonderproblem: Nachträglich aufgestellte Verkehrszeichen . . . . .	243
<b>B.</b>	<b>Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot . . . . .</b>	<b>244</b>
	I. Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	244
	II. Rechtsfolge . . . . .	246
	III. Tatbestand. . . . .	247
	1. Gegenwärtige Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person . . . . .	247
	2. Häusliche Gewalt . . . . .	249
	IV. Adressat . . . . .	250
	V. Besondere Verfahrensvorschriften . . . . .	250
	1. Bezeichnung des räumlichen Bereichs . . . . .	250
	2. Mitnahme persönlicher Gegenstände . . . . .	251
	3. Bekanntgabe der neuen Anschrift. . . . .	251
	4. Hinweise und Informationen. . . . .	251
	5. Fristen . . . . .	252
	6. Verfahrensrechtliche Regelungen . . . . .	253
	7. Überprüfung des Rückkehrverbotes . . . . .	253
	VI. Gewaltschutzgesetz . . . . .	253
<b>C.</b>	<b>Körperliche Untersuchung. . . . .</b>	<b>254</b>
	I. Gefahrenabwehr . . . . .	254
	II. Strafverfolgung. . . . .	255
	1. Körperliche Untersuchung beim Beschuldigten . . . . .	255
	a) Grundrechtseingriff . . . . .	255
	b) Rechtsfolge. . . . .	256
	c) Anordnungsbefugnis . . . . .	259
	d) Durchführungskompetenz. . . . .	260
	e) Tatbestand . . . . .	261
	f) Adressat. . . . .	261
	g) Besondere Verfahrensvorschriften. . . . .	261
	h) Verhältnismäßigkeit . . . . .	262
	i) Verwertungsverbote . . . . .	262
	2. Körperliche Untersuchung bei anderen Personen. . . . .	263
	a) Grundrechtseingriff . . . . .	263
	b) Rechtsfolge. . . . .	263
	c) Anordnungsbefugnis . . . . .	263
	d) Durchführungskompetenz. . . . .	263
	e) Tatbestand . . . . .	263
	f) Besondere Verfahrensvorschriften: Untersuchungsverweigerungsrechte. . . . .	265
	g) Verhältnismäßigkeit . . . . .	266

h) Zwangsweise Durchsetzung . . . . .	266
<b>D. Molekulargenetische Untersuchung . . . . .</b>	<b>267</b>
<b>I. Gefahrenabwehr, § 14a PolG . . . . .</b>	<b>267</b>
1. Grundrechtseingriff . . . . .	267
2. Rechtsfolgen . . . . .	267
a) Entnahme von Körperzellen, § 14a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 PolG . . . . .	267
b) Proben von Gegenständen vermisster Personen („Spurenmaterial“), § 14a Abs. 1 S. 2 Nr. 2 PolG . .	268
c) Sicherstellung von Vergleichsmaterial, § 14a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 PolG . . . . .	268
d) Molekulargenetische Untersuchung, § 14a Abs. 1 S. 2 Nr. 3 PolG . . . . .	268
3. Anordnungsbefugnis und Beauftragung Sachverständi- ger . . . . .	268
a) Richtervorbehalt . . . . .	268
b) Beauftragung Sachverständiger . . . . .	268
4. Tatbestand . . . . .	269
a) Leiche . . . . .	269
b) Hilfloze Person . . . . .	269
c) Vermisste Person . . . . .	269
d) Subsidiaritätsklausel, § 14a Abs. 1 S. 1 PolG . . . . .	269
5. Adressaten . . . . .	269
6. Besondere Verfahrensvorschriften . . . . .	270
a) Vernichtung von Körperzellen . . . . .	270
b) Speicherung des Untersuchungsergebnisses in einer Datei . . . . .	270
c) Löschung und Verwendung der Daten . . . . .	270
<b>II. Strafverfolgung und Verfolgungsvorsorge . . . . .</b>	<b>270</b>
1. Molekulargenetische Untersuchung im anhängigen Er- mittlungsverfahren, §§ 81e, f StPO . . . . .	270
a) Grundrechtseingriff . . . . .	270
b) Rechtsfolge . . . . .	271
c) Anordnungsbefugnis und Beauftragung Sachver- ständiger . . . . .	271
d) Tatbestand . . . . .	271
e) Adressaten . . . . .	272
f) Besondere Verfahrensvorschriften . . . . .	272
2. Molekulargenetische Untersuchung zur Identitätsfeststel- lung in zukünftigen Strafverfahren (sog. Verfolgungsvor- sorge) . . . . .	272
a) Rechtsfolgen . . . . .	272
b) Anordnungs-kompetenz . . . . .	272
c) Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	273

## Inhaltsverzeichnis

	d) Adressaten . . . . .	274
	e) Besondere Verfahrensvorschriften. . . . .	274
	3. DNA- Reihenuntersuchung . . . . .	274
	a) Rechtsfolge. . . . .	274
	b) Anordnung und Durchführung . . . . .	274
	c) Tatbestand . . . . .	275
	d) Besondere Verfahrensvorschriften. . . . .	276
<b>E.</b>	<b>Waffenrecht . . . . .</b>	<b>276</b>
	I. Systematik des WaffG . . . . .	276
	1. Anlagen zum WaffG. . . . .	277
	2. Allgemeine Waffengesetz-Verordnung (AWaffV) . . . . .	277
	3. Verwaltungsvorschriften (WaffVwV). . . . .	277
	II. Waffenbegriff . . . . .	278
	1. Schusswaffen . . . . .	278
	2. Gleichgestellte Gegenstände. . . . .	278
	3. Tragbare Gegenstände . . . . .	278
	III. Erlaubnisformen . . . . .	279
	IV. Grundvoraussetzungen für eine Erlaubniserteilung . . . . .	279
	V. Waffenrechtliche Bedürfnisse (§ 8 WaffG). . . . .	279
	1. Sonderfallgruppen . . . . .	280
	2. Gefährdete Personen . . . . .	281
	VI. Gesetzlich normierte Waffenerlaubnisse . . . . .	281
	1. Waffenbesitzkarte . . . . .	282
	2. Munitionserwerbschein. . . . .	282
	3. Waffenschein . . . . .	282
	4. Kleiner Waffenschein . . . . .	282
	5. Schießerlaubnis . . . . .	283
	VII. Pflichten im Umgang mit Waffen und Munition. . . . .	283
	1. Anzeigepflichten . . . . .	283
	2. Ausweispflichten . . . . .	283
	VIII. Verbot des Führens von Waffen. . . . .	284
	1. Öffentliche Veranstaltungen . . . . .	284
	2. Anscheinswaffen und bestimmte tragbare Gegenständen . . . . .	284
	IX. Verbotene Waffen . . . . .	285
	X. Waffenrechtliche Einstufungen einiger polizeilich relevanter Waffen . . . . .	285
	1. Reizstoff-, Schreckschuss- und Signalwaffen. . . . .	285
	2. Druckluft-, Federdruck- und Druckgaswaffen . . . . .	286
	3. Reizstoffsprühgeräte. . . . .	286
	4. Elektroimpulsgeräte . . . . .	286
	5. Messer . . . . .	287
	XI. Straftaten, Ordnungswidrigkeiten . . . . .	287
	XII. Einziehung und erweiterter Verfall. . . . .	288

## Inhaltsverzeichnis

1. Obligatorische Einziehung . . . . .	288
2. Fakultative Einziehung . . . . .	288
3. Erweiterte Einziehungsmöglichkeit . . . . .	288
4. Erweiterter Verfall . . . . .	288
<b>F. Ausländerrecht . . . . .</b>	<b>288</b>
I. Arten von Ausländern . . . . .	289
1. Bevorrechtigte Personengruppen . . . . .	289
2. EU-Bürger . . . . .	290
3. Asylbewerber . . . . .	290
4. Drittstaatenbürger . . . . .	291
II. Einreise und Passpflichten . . . . .	291
III. Aufenthaltstitel (Drittstaatler) . . . . .	292
IV. Zuständigkeiten . . . . .	292
1. Ausländerbehörden . . . . .	292
2. Polizei . . . . .	292
V. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen . . . . .	293
1. Abschiebung . . . . .	293
2. Zurückschiebung . . . . .	293
3. Abschiebungshaft . . . . .	293
4. Sonstige Befugnisse . . . . .	294
<b>G. Gewerberecht . . . . .</b>	<b>295</b>
I. Begriff des Gewerbes . . . . .	296
II. Gewerbeordnung . . . . .	296
1. Systematik der GewO . . . . .	296
2. Regelungsbereiche der GewO . . . . .	297
3. Grundsatz der Gewerbefreiheit . . . . .	297
4. Zuständigkeiten . . . . .	297
III. Reisegewerbe . . . . .	298
1. Reisegewerbekarte (§ 55 Abs. 2 GewO) . . . . .	300
2. Reisegewerbekartenfreie Tätigkeiten . . . . .	301
3. Anzeigepflicht (§ 55c GewO) . . . . .	303
4. Sonn- und Feiertage . . . . .	303
5. Verbotene Tätigkeiten . . . . .	304
6. Ankündigung des Gewerbebetriebes, Wanderlager . . . . .	304
7. Versagung der Reisegewerbekarte . . . . .	304
8. Mitführen und Vorzeigen der Reisegewerbekarte . . . . .	304
9. Zuständigkeit der Polizei (NRW) zur Kontrolle von Reisegewerbekarten nach § 60c Gewerbeordnung . . . . .	305
10. Verletzung von Vorschriften über das Reisegewerbe (§ 145 GewO) . . . . .	305
IV. Pfandleihgewerbe (§ 34 GewO) . . . . .	307
V. Bewachungsgewerbe (§ 34a GewO) . . . . .	307
VI. Gaststättengewerbe . . . . .	308

# Inhaltsverzeichnis

Teil 3: Hauptstudium 2	311
A. Versammlungsrecht (Grundzüge)	311
I. Verfassungsrechtlicher Schutz	311
1. Versammlungen	311
2. Friedlich und ohne Waffen	312
3. Geschütztes Verhalten	312
II. Die Systematik des Versammlungsgesetzes	312
1. Inhalt und Zweck des VersG	312
2. Einfachgesetzlicher Versammlungsbegriff	313
3. Verhältnis des Versammlungsgesetzes zum Polizeirecht	313
a) Personaler Anwendungsbereich des VersG	313
b) Sachlicher Anwendungsbereich des VersG	313
c) Zeitlicher Anwendungsbereich des VersG	314
4. Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen	315
III. Polizeiliche Maßnahmen nach dem Versammlungsgesetz	316
1. Anmeldepflichten	316
a) Versammlungen in geschlossenen Räumen	316
b) Versammlungen unter freiem Himmel	316
2. Versammlungsverbot und Auflagen	317
a) Versammlungsverbot	317
b) Auflagen als milderes Mittel gegenüber einem Versammlungsverbot	318
c) Besondere Verbotsfälle	318
3. Auflösung von Versammlungen	320
4. Minusmaßnahmen als milderes Mittel gegenüber der Auflösung	321
5. Ausschluss einzelner Teilnehmer aus einer Versammlung	322
a) Schutzwaffen-/Vermummungsverbot	322
b) Gröbliche Störung der Ordnung der Versammlung	323
6. Bildaufnahmen bei Versammlungen	324
a) Grundrechtseingriff	324
b) Zulässigkeitsvoraussetzungen	325
B. Polizeiliche Eingriffsmaßnahmen im Rahmen eines Arbeitskampfes	326
C. Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen	327
I. Grundrechtseingriff und Rechtsnatur	327
II. Rechtsfolge	328
III. Tatbestand	328
1. Bei oder im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen oder Ansammlungen	328

2. Polizeiliche Prognose der Begehung von Straftaten/Ordnungswidrigkeiten („Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass ...“) . . . . .	329
IV. Adressat . . . . .	330
V. Besondere Verfahrensvorschriften . . . . .	330
1. Löschung und Vernichtung . . . . .	330
2. Ausnahmen von der Löschungs-/Vernichtungspflicht . . . . .	330
a) § 15 Abs. 1 S. 3, 2. HS PolG . . . . .	330
b) § 15 Abs. 2 PolG . . . . .	331
<b>D. Datenerhebung zur Eigensicherung, § 15b PolG . . . . .</b>	<b>331</b>
I. Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	331
II. Rechtsfolge . . . . .	331
III. Tatbestand . . . . .	332
1. Bei Personen oder Fahrzeugkontrolle . . . . .	332
2. Zur Abwehr einer Gefahr . . . . .	332
IV. Adressat . . . . .	333
V. Besondere Verfahrensvorschriften . . . . .	333
<b>E. Datenverarbeitung . . . . .</b>	<b>333</b>
I. Grundrechtseingriff und Begriffsbestimmungen . . . . .	333
II. Datenverarbeitung zur Gefahrenabwehr . . . . .	334
1. Generalklausel zur Datenverarbeitung, § 24 Abs. 1 PolG . . . . .	334
a) Rechtsfolge. . . . .	334
b) Tatbestand . . . . .	334
2. Zweckbindung, Zweckänderung und Datenübermittlung. . . . .	335
a) Zweckbindung und Zweckänderung. . . . .	335
b) Zulässige Zweckänderung von Daten . . . . .	335
c) Datenübermittlung. . . . .	337
3. Datenabgleich, § 25 PolG . . . . .	341
a) Allgemeines . . . . .	341
b) Abgleich personenbezogener Daten des Störers, § 25 Abs. 1 S. 1 PolG. . . . .	341
c) Abgleich personenbezogener Daten des Nichtstörers, § 25 Abs. 1 S. 2 PolG . . . . .	342
d) Die Fahndungsabfrage, § 25 Abs. 1 S. 3 PolG . . . . .	342
e) Anhalterecht, § 25 Abs. 2 PolG . . . . .	343
III. Datenverarbeitung zur Strafverfolgung. . . . .	343
1. Allgemeine Regelungen zur Datenverarbeitung. . . . .	343
2. Datenabgleich, § 98c StPO . . . . .	343
<b>F. Erkennungsdienstliche Maßnahmen . . . . .</b>	<b>344</b>
I. Gefahrenabwehr . . . . .	344
1. Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	344

## Inhaltsverzeichnis

2. Rechtsfolge . . . . .	345
3. Tatbestand . . . . .	346
a) Identitätsfeststellung . . . . .	346
b) Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten . . . . .	346
c) Abgrenzung: Straftatenvorsorge . . . . .	348
4. Adressat . . . . .	349
5. Besondere Verfahrensvorschriften . . . . .	349
a) Vernichtung von Unterlagen . . . . .	349
b) Belehrung . . . . .	349
c) Festhalten des Betroffenen . . . . .	349
6. Vorladung . . . . .	349
7. Zwangsweise Durchsetzung . . . . .	350
II. Strafverfolgung . . . . .	350
1. Durchführung des Strafverfahrens . . . . .	351
2. Erkennungsdienst . . . . .	352
a) Dogmatische Einordnung . . . . .	352
b) Tatbestand . . . . .	353
c) Vorladung, Zwang . . . . .	354
d) Aufbewahrung der Unterlagen . . . . .	355
3. Identitätsfeststellung . . . . .	355
III. Bußgeldverfahren . . . . .	355
IV. Spezialgesetzliche Regelungen . . . . .	355
V. Amtshilfe . . . . .	356
<b>G. Sicherheitsleistung . . . . .</b>	<b>356</b>
1. Freilassung gegen Sicherheit gemäß § 127a StPO . . . . .	356
2. Sicherheitsleistung und Zustellungsbevollmächtigung gemäß § 132 StPO . . . . .	358
<b>H. Polizeiliche Eingriffsmaßnahmen gegen Kinder . . . . .</b>	<b>359</b>
I. Gefahrenabwehr . . . . .	361
1. Identitätsfeststellung . . . . .	361
2. Erkennungsdienstliche Maßnahmen . . . . .	361
3. Durchsuchung und Sicherstellung . . . . .	362
4. Gewahrsam . . . . .	362
II. Strafverfolgung . . . . .	364
1. Identitätsfeststellung . . . . .	364
a) Verdächtige . . . . .	364
b) Unverdächtige . . . . .	365
2. Erkennungsdienstliche Maßnahmen . . . . .	365
3. Sicherstellung und Beschlagnahme . . . . .	365
a) Beweismittel . . . . .	365
b) Verfallsgegenstände . . . . .	365
c) Einziehungsgegenstände . . . . .	365

4.	Durchsuchung . . . . .	366
a)	Verdächtige . . . . .	366
b)	Unverdächtige . . . . .	366
5.	Festnahme . . . . .	368
6.	Körperliche Untersuchung . . . . .	368
 <b>Teil 4: Hauptstudium 3 . . . . .</b>		 <b>371</b>
<b>A.</b>	<b>Verdeckte polizeiliche Eingriffsmaßnahmen . . . . .</b>	<b>371</b>
I.	Gefahrenabwehr . . . . .	371
1.	Längerfristige Observation, § 16a Abs. 1 PolG . . . . .	371
a)	Grundrechtseingriff und Rechtsnatur . . . . .	371
b)	Rechtsfolge: Längerfristige Observation . . . . .	371
c)	Anordnungskompetenz. . . . .	372
d)	Tatbestand . . . . .	372
e)	Adressat. . . . .	374
f)	Besondere Verfahrensvorschriften. . . . .	375
2.	Einsatz technischer Mittel . . . . .	375
a)	Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen, § 17 PolG . . . . .	375
b)	Einsatz technischer Mittel innerhalb von Wohnungen (Wohnraumüberwachung). . . . .	378
3.	Verdeckte personale Ermittlungen . . . . .	382
a)	Einsatz von Vertrauenspersonen, § 19 PolG . . . . .	382
b)	Einsatz von Verdeckten Ermittlern, § 20 PolG und „Nicht offen ermittelnden Polizeibeamten“ . . . . .	383
4.	Der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung . . . . .	385
a)	Regelungssystematik des § 16 PolG . . . . .	385
b)	Geschützte Inhalte . . . . .	385
II.	Strafverfolgung. . . . .	387
1.	Längerfristige Observation § 163f StPO . . . . .	387
a)	Grundrechtseingriff . . . . .	387
b)	Rechtsfolge. . . . .	387
c)	Anordnungskompetenz. . . . .	387
d)	Tatbestand . . . . .	388
e)	Adressaten . . . . .	389
f)	Besondere Verfahrensvorschriften. . . . .	389
2.	Einsatz technischer Mittel . . . . .	390
a)	Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen . . . . .	390
b)	Innerhalb von Wohnungen . . . . .	393
3.	Verdeckte personale Ermittlungen . . . . .	393
a)	Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Personen) . . . . .	393
b)	Einsatz Verdeckter Ermittler, §§ 110a ff. StPO . . . . .	394

## Inhaltsverzeichnis

c)	Einsatz nicht offen ermittelnder Polizeibeamter . . .	395
<b>B.</b>	<b>Schusswaffengebrauch: Finaler Rettungsschuss . . . . .</b>	<b>395</b>
I.	Verfassungsrechtliche Fragestellungen . . . . .	395
1.	Verbot der Todesstrafe Art. 102 GG . . . . .	396
2.	Verstoß gegen die Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG . .	396
3.	Wesensgehaltsgarantie, Art. 19 Abs. 2 GG . . . . .	396
4.	Verhältnismäßigkeit . . . . .	397
II.	Einfachgesetzliche Fragestellungen . . . . .	397
<b>C.</b>	<b>Unmittelbarer Zwang auf Anordnung, § 59 PolG . . . . .</b>	<b>398</b>
	Stichwortverzeichnis . . . . .	399

# Verzeichnis der abgekürzten Literatur

- Ackermann/Clages/Roll*, Handbuch der Kriminalistik, 4. Aufl. 2011  
*Altschäffel*, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht für Nordrhein-Westfalen, 1996  
2. Aufl. 2000  
*Apel/Bushart*, Waffnenrecht, Band 3: Allgemeine Waffengesetz-Verordnung 2004  
*Artkämper/Schilling*, Vernehmungen, 3. Aufl. 2014  
*Averdiek-Gröner/Frings*, Standardmaßnahmen im Ermittlungsverfahren, 2014  
*Bader/Funke-Kaiser/Kuntze/von Albedyll*, Verwaltungsgerichtsordnung, 4. Aufl. 2007  
*Bader/Ronellenfisch*, Beck'scher Online-Kommentar Verwaltungsverfahrensgesetz  
*Bär*, TK-Überwachung, §§ 100a–101 StPO mit Nebengesetzen-Kommentar, 2009  
*Basten*, Privatrecht in der polizeilichen Praxis, 2014  
*Beck/Müller*, Fälle und Lösungen zur StPO für die Ausbildung in der Polizei, 2004  
3. Aufl. 2013  
*Beck*, Ausländerrecht für die Ausbildung der Polizei, 2007  
*Beck (Fälle und Lösungen)*, Fälle und Lösungen zum Ausländerrecht für die Ausbildung  
in der Polizei, 3. Aufl. 2014  
*Becker/Heckmann/Kempfen/Manssen*, Öffentliches Recht in Bayern, 5. Aufl. 2011,  
6. Aufl. 2015  
*Belz/Elzermann*, Polizeigesetz des Freistaates Sachsen, 4. Aufl. 2009  
*Benfer/Bialon*, Rechtseingriffe von Polizei und Staatsanwaltschaft, 4. Aufl. 2010  
*Berner/Köhler/Käb*, Polizeiaufgabengesetz, 20. Aufl. 2010  
*Beulke*, Strafprozessrecht, 10. Aufl. 2008 12. Aufl. 2012  
*Bialon/Springer*, Eingriffsrecht, 2. Aufl. 2014  
*Von Blohn/Schucht*, Standardfälle Polizei- und Ordnungsrecht, 5. Aufl. 2010  
*Brade/Keller*, Recht auf Streife in Nordrhein-Westfalen, 2006  
*Brenneisen/Wilksen*, Versammlungsrecht, 4. Aufl. 2011  
*Bohnert*, Ordnungswidrigkeitenrecht, 4. Aufl. 2010  
*Bohnert*, OWiG, Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz, 3. Auflage, München  
2010  
*Brendel/Burkard/Thienhaus*, Polizeiliche Ermittlungen im Strafprozess, 1998  
*Brodag*, Strafverfahrensrecht, 13. Aufl. 2014  
*Bürgle*, Die strafprozessualen Beweisverwertungsverbote, 2. Aufl. 2004  
*Chemnitz*, Polizeirecht Nordrhein-Westfalen, 5. Aufl. 1996  
*Conrads*, Verkehrsrecht, 18. Aufl. 2011  
*Dietel/Gintzel/Kniesel*, VersG – Kommentar zum Gesetz über Versammlungen und Auf-  
züge, 16. Aufl. 2011  
*Dietlein/Burgi/Hellermann*, Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen, 4. Aufl. 2011,  
5. Aufl. 2014  
*Döding/Webel*, Staats- und Verfassungsrecht, 2013  
*Dölling/Duttge/Rössner (Hrsg.)*, Gesamtes Strafrecht (StGB – StPO – Nebengesetze),  
3. Aufl. 2013  
*Dohr*, Staat-Verfassung-Politik, 20. Aufl. 2010  
*Dreier*, Grundgesetz, Kommentar, Bd. 1, 3. Aufl. 2013  
*Drews/Wacke/Vogel/Martens*, Gefahrenabwehr, 9. Aufl. 1986  
*Ebert/Honnacker/Seel*, Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei,  
5. Aufl. 2009  
*Ehlers/Fehling/Pünder*, Besonderes Verwaltungsrecht, 3. Aufl. 2012  
*Engelhardt/App*, Verwaltungsvollstreckungsgesetz/Verwaltungszustellungsgesetz,  
9. Aufl. 2011  
*Engländer*, Examens-Repetitorium Strafprozessrecht, 7. Aufl. 2015

## Verzeichnis der abgekürzten Literatur

- Epping/Hillgruber*, Beck'scher Online-Kommentar Grundgesetz  
*Fehling/Kastner/Störmer*, Verwaltungsrecht, 3. Aufl. 2013  
*Gade*, Basiswissen Waffenrecht, 3. Aufl. 2011  
*Gade/Beck*, Fälle und Musterlösungen zum Waffenrecht, 2013  
*Gade/Stoppa*, Waffengesetz, Kommentar, 2011  
*Gercke/Brunst*, Praxishandbuch Internetstrafrecht, 2009  
*Geis*, Fälle zum Polizei- und Ordnungsrecht, 2011  
*Gercke/Julius/Temming/Zöller (Hrsg.)*, StPO-Kommentar, 5. Aufl. 2012  
*Göhler*, Ordnungswidrigkeitengesetz, 16. Aufl. 2012  
*Götz*, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 15. Aufl. 2013  
*Gola/Schomerus*, BDSG, 12. Aufl. 2015  
*Gornig/Jahn*, Sicherheits- und Polizeirecht, 4. Aufl. 2014  
*Gusy*, Polizei- und Ordnungsrecht, 9. Aufl. 2014  
*Graf*, Beck'scher Online-Kommentar Strafprozessordnung  
*Hailbronner*, Asyl- und Ausländerrecht, Studienreihe Rechtswissenschaften, 2. Aufl. 2008  
*Hannich (Hrsg.)*, Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, 7. Aufl. 2013  
*Hansen*, Allgemeines Verwaltungsrecht der Polizei, 2002  
*Hansen*, Eingriffsrecht Nordrhein-Westfalen, 2002  
*Hartmann/Schmidt*, Strafprozessrecht-Grundzüge des Strafverfahrens, 2. Aufl. 2008  
*Hartmann-Wergen*, Grundlagen zum Strafprozessrecht, 7. Aufl. 2013  
*Haurand*, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht Nordrhein-Westfalen, 5. Aufl. 2010  
*Heckmann*, Internetrecht-juris PraxisKommentar, 4. Aufl. 2014  
*Heesen/Hönle/Peilert*, Bundesgrenzschutzgesetz, 4. Aufl. 2002  
*Heger*, Strafprozessrecht, 2013  
*Hemmer/Wüst*, Strafprozessrecht, 5. Aufl. 2014  
*Hentschel/König/Dauer*, Straßenverkehrsrecht, 41. Aufl. 2011  
*Heller/Soschinka*, Waffenrecht, 3. Aufl. 2013  
*Henrichs*, Eingriffsrecht, 3. Aufl. 2010  
*Hentschel/König/Dauer*, Straßenverkehrsrecht, 40. Aufl. 2009  
*Herrmann/Lang/Schneider*, Polizeirelevante Grundrechte, 3. Aufl. 2008  
*Hofmann/Hoffmann (Hrsg.)*, Ausländerrecht – Handkommentar, 2008  
*Honnacker/Beinhofer*, Polizeiaufgabengesetz-PAG, 19. Aufl. 2009  
*Huppertz*, Fahrerlaubnisrecht, 4. Aufl. 2013  
*Ipsen*, Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsrecht, 4. Aufl. 2010  
*Ipsen*, Staatsrecht II – Grundrechte, 17. Aufl. 2014  
*Jäger*, Beweisverwertung und Beweisverwertungsverbote im Strafprozess, 2003  
*Jarass/Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – Kommentar – 13. Auflage, München 2014  
*Joecks*, Studienkommentar StPO, 3. Aufl. 2011  
*Johlen/Oerder*, Münchener Anwaltshandbuch Verwaltungsrecht, 3. Aufl. 2012  
*Kay/Böcking*, Polizeirecht Nordrhein-Westfalen, 1992  
*Kay/Keller*, Bußgeldverfahren – Eingriffsbefugnisse der Verfolgungsbehörden im Ermittlungsverfahren, 2015  
*Keller/Braun/Hoppe*, Telekommunikationsüberwachung und andere verdeckte Ermittlungsmaßnahmen, 2. Aufl. 2015  
*Keller (HG)*, Häusliche Gewalt und Gewaltschutzgesetz, 2008  
*Keller (ER)*, Eingriffsrecht Nordrhein-Westfalen, 3. Aufl. 2010  
*Keller (Stalking)*, Stalking und Opferhilfe, 2008  
*Keller (PolG NRW-kompakt)*, Polizeigesetz NRW – kompakt, 2010  
*Keller (DNA)*, Der genetische Fingerabdruck – Die DNA-Analyse in der polizeilichen Praxis, 3. Auflage 2006  
*Kindhäuser*, Strafprozessrecht, 3. Aufl. 2013

## Verzeichnis der abgekürzten Literatur

- Kirkpatrick*, Der Einsatz von Verdeckten Ermittlern – Handbuch für die Praxis der Strafverfolgungsbehörden, 2011
- Klein/Niehuess/Siegel*, Bürgerliches Recht, Ein Grundriss für Ausbildung und Praxis, 2006
- Kluszczewski*, Ordnungswidrigkeitenrecht, 2010
- Knack/Hennecke*, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), 10. Aufl. 2014
- Knape/Kiworr*, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht für Berlin, 10. Aufl. 2009
- Knemeyer*, Polizei- und Ordnungsrecht, 11. Aufl. 2007
- Kniesel/Vable*, Polizeiliche Informationsverarbeitung und Datenschutz im künftigen Polizeirecht, 1990
- König/Trurnit*, Eingriffsrecht, 3. Aufl. 2013
- Komm*, Waffenrecht 2007
- Kopp/Ramsauer*, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 14. Aufl. 2014
- Kopp/Schenke*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 19. Aufl. 2013
- Kramer*, Grundbegriffe des Strafverfahrensrechts, 8. Aufl. 2014
- Kühling/Seidel/Sivridis*, Datenschutzrecht, 2. Aufl. 2011
- Kugelmann*, Polizei- und Ordnungsrecht, 2. Aufl. 2012
- Kutschal/Thome*, Grundrechtsschutz im Internet? 2013
- Lenke/Mosbacher*, Ordnungswidrigkeitengesetz – Kommentar, 2. Aufl. 2005
- Leitner/Michalke*, Strafprozessuale Zwangsmaßnahmen, 2007
- Lisken/Denninger*, Handbuch des Polizeirecht, 5. Aufl. 2012
- Löffelmann/Walther/Reitzenstein*, Das strafprozessuale Ermittlungsverfahren, 2007
- Lübkeermann*, Strafrecht, Strafverfahrensrecht, Ordnungswidrigkeitenrecht, 27. Aufl. 2013
- Malcher*, Polizeiliches Eingriffsrecht im Überblick, 10. Aufl. 2011
- Maurer*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 18. Aufl. 2011
- Meixner/Fredrich*, HSOG, 11. Aufl. 2010
- Meyer-Goßner/Schmitt*, StPO-Kommentar, 57. Aufl. 2014
- Mitsch*, Recht der Ordnungswidrigkeiten, 2. Aufl. 2005
- Mitsch/Ellbogen*, Fälle zum Strafprozessrecht, 2012
- Möller/Warg*, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 6. Aufl. 2012
- Möller/Wilhelm*, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 5. Aufl. 2003
- Möllers*, Polizei und Grundrechte, 2. Aufl. 2011
- Muckel*, Klausurenkurs zum Besonderen Verwaltungsrecht, 4. Aufl. 2009
- Mühl/Leggereit/Hausmann*, Polizei- und Ordnungsrecht Hessen, 4. Aufl. 2013
- Müller*, StPO, 17. Aufl. 2012
- Murmann*, Prüfungswissen Strafprozessrecht, 2. Aufl. 2010
- Neuwirth*, Polizeilicher Schusswaffengebrauch gegen Personen, 2. Aufl. 2006
- Nimtze*, Strafprozessrecht für Polizeibeamte, 2012
- Ostgathe*, Waffenrecht kompakt, 6. Aufl. 2015
- Osterlitz/Kay*, Eingriffsrecht im Polizeidienst, Band I: Grundlagen, 10. Aufl. 2012; Band II: Befugnisse der Polizei, 11. Aufl. 2014
- Ostgathe*, Waffenrecht kompakt, 4. Aufl. 2009
- Ott/Wächtler/Heinbold*, Gesetz über Versammlungen und Aufzüge, 7. Aufl. 2010
- Pewestorf/Söllner/Tölle*, Polizei- und Ordnungsrecht-Berliner Kommentar, 2. Aufl. 2012
- Pieper*, Polizei- und Ordnungsrecht, 5. Aufl. 2013
- Pieroth/Schlink/Kingreen/Poscher*, Grundrechte – Staatsrecht II, 29. Aufl. 2013; 30. Aufl. 2014
- Pieroth/Schlink/Kniesel*, Polizei- und Ordnungsrecht, 8. Aufl. 2014
- Podolsky/Brenner*, Vermögensabschöpfung im Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, 5. Aufl. 2012
- Primm/Sigrist*, Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsrecht, 2. Aufl. 2003
- Robinski*, Gewerberecht, 2. Aufl. 2002

## Verzeichnis der abgekürzten Literatur

- Roggan (Hrsg.), Große Lauschangriffe im Polizeirecht, Gedächtnisschrift für Hans Lischen, 2004
- Roggan/Kutscha, Handbuch zum Recht der Inneren Sicherheit, 2. Aufl. 2006
- Roos, Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz, 4. Aufl. 2010
- Roos/Bula, Das Versammlungsrecht in der praktischen Anwendung, 2. Aufl. 2009
- Roxin/Schünemann, Strafverfahrensrecht, 28. Aufl. 2014
- Ruder/Schmitt, Polizeirecht Baden-Württemberg, 7. Aufl. 2011
- Rühle/Subr, Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz, 4. Aufl. 2009
- Satzger/Schluckebier/Widmaier, StPO-Kommentar, 2014
- Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht, 8. Aufl. 2013
- Schliesky, Öffentliches Wirtschaftsrecht, 3. Aufl. 2008
- Schmidbauer/Steiner, Bayerisches Polizeiaufgabengesetz, 4. Aufl. 2014
- Schmidt-Aßmann, Besonderes Verwaltungsrecht, 14. Aufl. 2008
- Schmidt (Bes. VerwR), Besonders Verwaltungsrecht II, 12. Aufl. 2008
- Schmidt (POR), Polizei- und Ordnungsrecht, 14. Aufl. 2013
- Schütte/Braun/Keller, Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen, 2012
- Scholler/Schloer, Grundzüge des Polizei- und Ordnungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl. 1993
- Schroeder, Polizei- und Ordnungsrecht Nordrhein-Westfalen, 2. Aufl. 2014
- Sensburg (Hrsg.), Staats- und Europarecht, 2014
- Stein, Versammlungsrecht, 2014
- Stein, Fälle und Erläuterungen zum Polizei- und Ordnungsrecht Rheinland-Pfalz, 2. Aufl. 2004
- Steindorf/Heinrich/Papsthart, Waffenrecht, Kommentar, 9. Aufl. 2010
- Stein/Paintner, Fälle und Erläuterungen zum Polizei- und Ordnungsrecht, 2. Aufl. 2004
- Stern/Becker, Grundrechte Kommentar, 2010
- Soine, Ermittlungsverfahren und Polizeipraxis, 2013
- Soyka, StPO – Grundzüge des Strafverfahrensrechts, 18. Aufl. 2015
- Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG – Kommentar, 8. Aufl. 2014
- Suckow, Allgemeines Niedersächsisches Recht der Gefahrenabwehr, 9. Aufl. 1989
- Taeger/Gabel, BDSG und Datenschutzvorschriften des TKG und TMG, 2. Aufl. 2013
- Tegtmeier, Polizeiorganisationsgesetz Nordrhein-Westfalen, 2004
- Tegtmeier/Vahle, Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen, 11. Aufl. 2014
- Twiesche, Handbuch des Fachanwalts – Verwaltungsrecht, 2. Aufl. 2012
- Tetsch/Baldarelli, Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen, Kommentar, 2011
- Tetsch (Bd. 1), Eingriffsrecht, Band 1: Grundlagen und Datenverarbeitung, 4. Aufl. 2008
- Tetsch (Bd. 2), Eingriffsrecht, Band 2: Eingriffsmaßnahmen, Zwang, Rechtsschutz und Haftung, 3. Aufl. 2009
- Teubert, Datenschutz und Polizei in Bayern, 2011
- Tettinger/Erbguth/Mann, Besonderes Verwaltungsrecht, 11. Aufl. 2012
- Tettinger/Wank/Ennuschat, Gewerbeordnung – Kommentar, 8. Aufl. 2011
- Thiel, Polizei- und Ordnungsrecht, 2. Aufl. 2014
- Ullrich, Waffenrechtliche Erlaubnisse, Verbringen, Mitnahme, 2. Aufl. 2014
- Vahle/Buttgereit, Eingriffsrechte der Polizei, 1983
- Westphal/Stoppa, Ausländerrecht für die Polizei, 3. Aufl. 2007
- Weiß (AuslR), Ausländerrecht, 2013
- Weiß (AsylR), Asylrecht, 2012
- Weiß/Weissenberger, Praxisorientiertes Ausländerrecht, 2. Aufl. 2013
- Wolf/Stephan/Deger, Polizeigesetz für Baden-Württemberg, 6. Aufl. 2009
- Wolfgang/Hendricks/Merz, Polizei- und Ordnungsrecht Nordrhein-Westfalen, 3. Aufl. 2011
- Wolter, Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung: SK-StPO Band I: §§ 1–93 StPO, 4. Aufl. 2011

## Verzeichnis der abgekürzten Literatur

- Württemberg/Heckmann*, Polizeirecht in Baden-Württemberg, 6. Aufl. 2005  
*Wüstenbecker*, Besonderes Ordnungsrecht, 2012  
*Zippelius/Württemberg*, Deutsches Staatsrecht, 32. Aufl. 2008



# Teil 1: Grundstudium: Eingriffsrecht/ Staatsrecht

## A. Rahmen und Handlungsform polizeilicher Aufgabenwahrnehmung

### I. Einführung in das Eingriffsrecht

#### 1. Historie

a) **Der Ursprung des Polizeibegriffes.** Das Wort Polizei stammt aus dem Griechischen: „*politeia*“ und bedeutete so viel wie „Verfassung des Staates“, „Zusammenwirken der Staatsorgane“ oder auch „Zusammenspiel der Staatsfunktionen“. Im römischen Reich wurde unter den Begriff „*politia*“ die republikanische Verfassung und die sie tragende allgemeine Verwaltungstätigkeit verstanden.<sup>1</sup> **1**

b) **Die Entwicklung des Polizeibegriffes in Deutschland.** Der Begriff Polizei ist genau wie der Begriff Polizeirecht einem über mehrere Jahrhunderte reichenden Entwicklungsprozess unterworfen gewesen. Zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert wird unter dem Begriff „gute Policey“ ein Zustand guter Ordnung des Gemeinwesens verstanden.<sup>2</sup> Alle Lebensbereiche der damaligen Gesellschaft waren damit ein Teil der guten Ordnung des Gemeinwesens. Zu den Aufgabengebieten der damaligen Polizei gehörte gleichermaßen die Regelung des Waren- und Wirtschaftsverkehrs, das Eich- und Lebensmittelrecht sowie die Kontrolle der Berufsausübung. Weitere Themen waren Fragen der Religionsausübung und der Sittlichkeit sowie die Gegenstände des zivilen Vertragswesens und des Liegenschafts- sowie Erbrechts. **2**

Die absolut regierenden Fürsten des 18. Jahrhunderts nahmen erste Änderungen des Polizeibegriffes vor. Die Polizeigewalt als Hoheitsrecht wurde zum Sinnbild der absoluten Herrschaft des Landesherren.<sup>3</sup> Die von ihnen regierten Staaten sind reine **Polizeistaaten**.<sup>4</sup> Es existiert keinerlei gerichtlicher Rechtsschutz für die Untertanen, keine Trennung von exekutiver und judikativer Gewalt. Gesicherte Rechte für die Bürger existieren nicht. Vielmehr herrscht eine umfassende Kontrolle der gesamten Gesellschaft. Zum Polizeistaat im Absolutismus gehört nicht nur die klassische Eingriffsverwaltung, sondern auch die Leistungsverwaltung. Der Polizeistaat war somit auch ein Inbegriff für den damaligen Wohlfahrtsstaat, wobei dieser in keiner Form mit dem heutigen Sozialstaat verglichen werden kann. Unter dem Begriff der Wohlfahrtspflege verstanden die absoluten Fürsten keineswegs eine moderne Leistungsverwaltung, sondern die so genannte „Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt“ bzw. die

---

1 *Ruder/Schmitt*, Polizeirecht Baden-Württemberg, Rn. 1.

2 *Pieroth/Schlink/Kniesel*, Polizei- und Ordnungsrecht § 1 Rn. 2; *Götz*, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, § 2 Rn. 2; *Suckow*, Allgemeines Niedersächsisches Recht der Gefahrenabwehr, Rn. 2.

3 *Suckow*, Rn. 3.

4 *Götz*, § 2 Rn. 3, 4.